

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/41

27. Februar 1973

Der Test auf die Entspannung

Zur Diskussion um den Grundlagen-Vertrag

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Seite 1 und 2 / 89 Zeilen

Mahnung zur Vernunft

Das Führungs-Durcheinander in der CDU

Seite 3 / 41 Zeilen

Reformen für die berufstätige Jugend

"Gemeinsame Bildungsstrategie" als erkanntes
Ziel

Von Radko Stöckl MdB

Mitglied des Kulturpolitischen Ausschusses
der SPD-Landtagsfraktion des Landes Hessen

Seite 4 und 5 / 54 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und

Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 8-10
Postfach: 120 408
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telex: 886 848 / 886 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 106-112, Telefon: 7 66 11

Der Test auf die Entspannung

Zur Diskussion um den Grundlagen-Vertrag

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Wer die Reden der Bundestagsdebatte vom 15. Februar bei der Ersten Lesung des Vertrags über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik noch einmal an sich vorüberziehen läßt, dem fällt auf, daß die Opposition so gut wie ganz darauf verzichtet hatte, den Vertrag in die konkrete politische Gesamtsituation hineinzustellen, in der sich die beiden deutschen Staaten heute befinden. Nun läßt sich einwenden, daß es eben um den Vertrag gegangen ist, und daß insofern sich die Opposition in "weiser" Beschränkung geübt habe. Das mag für die Ausschusßarbeit gut und richtig sein. Aber selbst dort wird man einen so eminent politischen Vertrag nicht losgelöst von seinen historischen Bedingungen betrachten können.

Es geht dabei, schlicht gesagt, um die deutsche Situation im Europa des Jahres 1973 - 28 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Bundeskanzler Willy Brandt hat auf eine der Grundentscheidungen in der Nachkriegsgeschichte hingewiesen, an die keine der Weltmächte rührt: nämlich von dem Status auszugehen, den der Zweite Weltkrieg mit der veränderten europäischen Landkarte hinterlassen hat. Der bestehende Zustand der Teilung Deutschlands ist Bestandteil des europäischen status quo in ideologisch-gesellschaftspolitischer wie in machtpolitischer Hinsicht; davon gehen - mit den Worten des Bundeskanzlers - "alle entscheidenden und auf uns einwirkenden Faktoren" aus. Eine deutsche Politik, die vor dieser Tatsache die Augen verschloß, riskierte in einem Europa der Entspannung nicht nur eine Isolierung vom Ost-West-Dialog, sondern auch - und das wiegt schwerer - eine Entfremdung von den eigenen Verbündeten.

Dieses "wiegt schwerer" führt auf eine weitere Grundtatsache, die in der Debatte ebenfalls von Regierungsseite angesprochen worden ist. Seit den Anfängen unseres Staates räumen wir der äußeren Sicherheit unserer demokratischen Ordnung und der westeuropäischen Integration Vorrang vor der staatlichen Einheit ein. Das hat seinen Sinn. Denn für die Demokraten aller Lager ist der Nationalstaat kein höchster Selbstzweck; das haben wir aus der Geschichte der letzten 100 Jahre gelernt, als mal der Staat, mal die Nation oder beide in einem vergötzt wurden. Für uns ist entscheidend die innere Struktur der staatlichen Ordnung, das heißt, welchen Staatsbürger sie voraussetzt. Staatliche Einheit ohne Volkssouveränität und Rechtsstaat, ohne den freien und demokratisch mitbestimmenden Staatsbürger ist für uns schlichterding nicht möglich. Von daher bestimmen sich die politischen Prioritäten der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben darum seit mehr als 20 Jahren die Rückwirkungen auf die Situation Deutschlands zu tragen. Neben der Bundesrepublik Deutsch-

land entstand die DDR, eingegliedert in das östliche Paktsystem, wo sie heute eine nicht unerhebliche Rolle spielt, und es entstand das besondere Problem Berlin.

Die realen Konsequenzen der Entwicklung lassen sich auf unserer Seite nicht mehr mit Worten und "Positionen" verdecken. Unsere Westpolitik diene und dient der Selbsterhaltung und Wohlfahrt unseres demokratischen Staates. Als Wiedervereinigungspolitik als kurzer Weg zur deutschen Einheit, hat sie sich nicht erwiesen. Wir können und wollen uns aus unseren europäischen Verflechtungen nicht mehr lösen, ja wir sind bestrebt, diese immer enger zu gestalten. Ähnliches gilt für die DDR. Die europäische und deutsche Wirklichkeit unserer Tage nimmt diese Lage als Basis für eine Politik der partiellen Zusammenarbeit.

So stellt sich in etwa der Hintergrund der jetzigen Politik dar, wie er in der Debatte zum Grundlagenvertrag von verschiedenen Rednern der Koalition beschrieben wurde. Dieses Verständnis scheint mir unerlässlich, sollen der historische Stellenwert und die Funktion des Grundvertrages richtig gesehen werden.

Bei der Debatte wurde wieder einmal deutlich, was die Opposition dem Vertrag letztlich anlastet, nämlich daß er die Tatsache der Teilung in zwei Staaten überhaupt zur Kenntnis nimmt. Dies trifft in der Tat zu. Wenn in absehbarer Zukunft die deutsche Einheit in Aussicht stünde, hätte es dieses Vertrages nicht bedurft; insofern ist er kein Anlaß zur Freude oder zum Jubel. Leider besteht eine derartige Aussicht nicht. Also müssen wir versuchen, für die unabsehbare Dauer der Teilung ein geregeltes Nebeneinander und, wo es eben geht, ein Miteinander mit der DDR zum Wohle der Menschen in beiden Staaten zu erreichen. Die Voraussetzung dafür wird durch den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen geschaffen.

Der Vertrag wendet das Prinzip der Entspannung auf das Verhältnis der beiden deutschen Staaten untereinander an. Dabei muß man sich über die Natur dieses Prinzips im klaren sein. Das Prinzip der Entspannung besteht in der wechselseitigen Übereinkunft, ungeachtet der Gegensätze im Prinzipiellen praktische Zusammenarbeit zu suchen. Es ist ohne weiteres einsichtig, daß diese pragmatische Politik mehr moralische Kraft, das heißt, mehr Selbstgewißheit und Selbstsicherheit erfordert als das sture Gegeneinander der Dogmen. Wer, wie die sozialliberale Koalition und unsere Partner im westlichen Bündnis, von der Überlegung der Freiheit überzeugt ist, wird diesem Test mit Selbstsicherheit entgegensehen. Dasselbe wäre auch der Opposition anzuraten, die "zumindest die Herstellung der Freizügigkeit" fordert, im gleichen Atemzug aber die Gefahren der Unterwanderung beschwört.

(-/27.2.1973/bgj/ex)

Mahnung zur Vernunft

Das Führungs-Durcheinander in der CDU

Aus der profunden und stetigen Kenntnis der außenpolitischen Entwicklung heraus hat der CDU-Schatzmeister Waitner Leisler Kiep MdB unmittelbar nach seiner Rückkehr aus den USA seine eigene Partei dringend um eine nüchterne und sachgerechte Beurteilung der außen- und damit in diesem Fall auch der innenpolitischen Situation gebeten. Die CDU müsse endlich die internationale Lage akzeptieren, die inzwischen längst über die deutsche Ostpolitik und über die Moskauer und Warschauer Verträge als gegebene Fakten hinausgegangen sei. Die CDU sollte daher schleunigst die innenpolitischen Schlachtfelder von gestern verlassen.

Diese eindringliche Mahnung zur Vernunft sollte auch dann mit Zustimmung aufgenommen werden, wenn leider bekannt ist, daß der Abg. Leisler Kiep keineswegs für alle Führungskräfte seiner Partei und vielleicht nicht einmal für deren Mehrheit spricht. Die innere Situation innerhalb der Führungsgremien der CDU ist heute so verworren, daß nicht einmal ein in alle Interna Eingeweihter sagen kann, wer wo steht und wer was vertritt. Um beim Fall Leisler Kiep zu bleiben: Da gibt es dessen Antipoden Dr. Werner Marx, der immer noch als außenpolitischer Sprecher der CDU auftreten und weiter hemmungslos außen- und innenpolitisches Porzellan zertreten kann. Man erinnere sich nur an dessen leichtfertige Feuerspielerei mit der Feindstaatenklausel der UNO-Satzung, die durch den Eintritt der Bundesrepublik in die Vereinten Nationen völlig obsolet wird. Aber spricht Dr. Marx wirklich für die CDU? Oder soll man hoffen, daß ein nüchterner Pragmatiker wie Leisler Kiep zum Wortführer wird, der Marx vorwirft, daß seine Feindstaatenklausel-Aktion eindeutig gegen unsere nationalen Interessen gerichtet ist?

Angesichts dieses heillosen Durcheinanders in der CDU-Führung, bei dem man vergeblich ein klärendes Wort des Parteivorsitzenden Dr. Rainer Barzel oder des völlig aus dem Gesichtskreis verschwundenen außenpolitischen Sprecher Dr. Gerhard Schröder erwartet, wird man festzustellen haben, daß das Geschrei, das die CDU über angebliche "Richtungskämpfe" in der SPD veranstaltet, nichts anderes als ein billiges Ablenkungsmanöver ist. Die CDU soll also erst einmal in ihrer eigenen Führung für eine brauchbare und nützliche Richtung sorgen, bevor sie sich wieder auf den Markt traut. Heute ist Leisler Kiep ein einsamer Mahner zur Vernunft in der CDU. Hoffentlich mahnt er nicht vergeblich. (ee/27.2.1973/bgy/ee)

+ + +

Reformen für die berufstätige Jugend

"Gemeinsame Bildungsstrategie" als erkanntes Ziel

Von Radko Stöckl MdL

Mitglied des Kulturausschusses

der SPD-Landtagsfraktion des Landes Hessen

Die Überwindung getrennter Zuständigkeiten für die schulische und betriebliche Berufsbildung mit dem Ziel einer "gemeinsamen Bildungsstrategie" ist die Voraussetzung für den Vollzug von Reformen, die die berufstätige Jugend betreffen.

Aus diesem Grunde ist die Absicht des Landes Hessen, in einem Ressort im Sinne einer "interministeriellen Schaltstelle" beim Kultusminister oder in der Staatskanzlei eine nahtlose Koordination des Gesamtbereiches "berufliche Bildung" herbeizuführen, zu begrüßen, um mit den ausgewiesenen Finanzmitteln geschlossen eine "Maximalleistung" mit einer gleichzeitig optimalen Ausnutzung der "Kapazitäten" zu erreichen.

Diese zwingende Notwendigkeit wird in besonderer Weise deutlich, weil Vorausberechnungen ergeben haben, daß die Bereitstellung von Räumen und Arbeitsplätzen für die Einführung des zweiten Berufsschuljahres, des Berufsgrundschuljahres für 90 vH. aller Berufsschüler und für die Schaffung von 20.000 Ausbildungsplätzen für die überbetriebliche Ausbildung in Hessen bis 1985 rd. 800 Millionen DM an Investitionsmitteln benötigt werden.

Der Gesamtkomplex der Berufsbildung kann nämlich nur dann erfolgreich, wirkungsvoll, nachhaltig und der berufs- und berufspädagogischen Forschung entsprechend reformiert werden, wenn

eine sinnvolle und zeitgemäße Koordination auf den Berufsschul-, Betriebs- und Jugendbereichen erreicht wird, die ausschließlich berufsbildungspolitischen Zielsetzungen untergeordnet werden darf. Dabei muß man davon ausgehen, daß Theorie und Praxis, also Schule und Lehrbetrieb, bei allen Reformmaßnahmen voneinander unbedingt abhängig sind.

Im übrigen kann die Reform der Berufsbildung nur in einer geschlossenen neuen didaktischen Konzeption von "Schule und Praxis" realisiert werden, weil "Schönheitsreparaturen" im Sinne einer "pädagogischen Instandsetzung" keinen Ersatz für eine Weiterentwicklung im Vorgriff auf die Zukunft darstellen. Anzustreben wäre als Endziel ein "interministerielles Staatssekretariat" mit der Aufgabenstellung eines "Grundsatz- und Koordinierungsressorts" entweder beim Kultusminister oder in der Staatskanzlei als oberste Repräsentanz dieses gesellschaftlich bedeutsamen Raumes, das von einer realistischen Berufsbildungsplanung bis zum Vollzug der Berufsbildungsreform die Verantwortung für ihre Geschlossenheit und Funktionsfähigkeit tragen würde.

Mit den eingeleiteten organisatorischen Maßnahmen wird ein entscheidender Beitrag dazu geleistet, die derzeitige betriebliche Berufsausbildung und ihre Aufsicht, die Stätten der überbetrieblichen Unterweisung, der Jugendarbeitsschutz, die beruflichen Schulen und berufliche Fort- und Erwachsenenbildung im Sinne eines organischen Ganzen zu gestalten. Hierbei geht es nicht darum, die Organisationsformen der Berufsbildung aufzuheben, sondern vielmehr die "Reibungsverluste" zu beseitigen, die Berufsarbeit zu straffen, politische Entscheidungen wirksamer und zügiger durchzuführen, eine einheitliche Bildungs- und Reformpolitik durchzusetzen und somit das "berufliche Schulzentrum" im Endzustand im Bereich der Sekundarstufe II, der Gesamtschule bildungstheoretisch, organisatorisch und curricular zu integrieren.

(-/27.2.1973, ks/ex)